

# Herausforderungen und Chancen von lokalen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft

Dialogstrategien für ein gleichberechtigtes Miteinander im Gemeinwesen



## **Impressum**

### **Herausgeber**

Stiftung SPI

Sozialpädagogisches Institut Berlin – »Walter May«

Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts, Sitz Berlin.

Anerkannt durch die Senatsverwaltung für Justiz. Sie unterliegt nach dem

Berliner Stiftungsgesetz der Stiftungsaufsicht Berlins.

Der Gerichtsstand der Stiftung ist Berlin.

### **Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes**

Hartmut Brocke, Vorstandsvorsitzender/Direktor

e-Mail: [info@stiftung-spi.de](mailto:info@stiftung-spi.de)

### **Redaktion**

*Texte*

Claudia Luzar, Ibrahim Gülnar, Ann-Sofie Susen, Gönül Kaya

*Redaktionelle Bearbeitung*

Ann-Sofie Susen u. Gönül Kaya

Stiftung SPI

PRO-AKTIV – gegen Islamfeindlichkeit und politische Ideologisierung von Religion

beim Mobilen Beratungsteam »Ostkreuz«

Schönhauser Allee 73

10437 Berlin

Fon: 030.41 72 56 28

Fax: 030.41 72 56 30

E-Mail: [ostkreuz@stiftung-spi.de](mailto:ostkreuz@stiftung-spi.de)

Internet: [www.stiftung-spi.de/ostkreuz](http://www.stiftung-spi.de/ostkreuz) und [www.moscheebau-in-berlin.de](http://www.moscheebau-in-berlin.de)

### **Gestaltung**

Hedwig Ruf, [www.ruf-gestalten.de](http://www.ruf-gestalten.de)

### **Copyrights**

Die Stiftung SPI behält sich sämtliche Rechte auch an der Gestaltung und Struktur der Website vor. Nachdruck, Verlinkung, Aufnahme in elektronische Datenbanken, Mailboxes sowie Vervielfältigungen auf Speichermedien sind nur mit Angabe der Quelle und vorheriger Information und Freigabe durch die Redaktion gestattet.

Alle Urheberrechte liegen bei der Stiftung SPI, sofern nicht anderes angegeben ist.

## Vorwort

Wir erleben in letzter Zeit verstärkt, dass Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft sich an scheinbaren ethnischen Differenzen, an behaupteten religiösen Gegensätzen und Unverträglichkeiten entzünden. Der Bau von Moscheen wird zum Kristallisationspunkt von Konflikten, die gerne von rechten Gruppierungen und Parteien instrumentalisiert und öffentlichkeitswirksam befeuert werden.

Das Projekt „PRO-AKTIV - gegen Islamfeindlichkeit und politische Ideologisierung von Religion in Berlin“ geht einen anderen Weg. Es berät lokale Akteure und organisiert oder moderiert Kommunikationsprozesse im Gemeinwesen mit dem Ziel der Versachlichung, Differenzierung, Verbreiterung und Pluralisierung der öffentlichen Debatte über das gesellschaftliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Herkunft. Es moderiert und begleitet gemeinwesenorientierte Verständigungsprozesse im Zusammenhang mit ethnisierten und konfessionalisierten Konflikten. PRO-AKTIV setzt dabei insbesondere auf die Organisation dialogischer Prozesse auf unterschiedlichen Ebenen. Akteure aus unterschiedlichen Bereichen und mit unterschiedlichen Hintergründen werden auf „gleicher Augenhöhe“ zusammengebracht und zu ausführlichen Dialogprozessen motiviert. PRO-AKTIV betritt mit diesem dialogorientierten Projektkonzept der Versachlichung ethnisierter und religiöser Konflikte durchaus Neuland in Berlin und - soweit

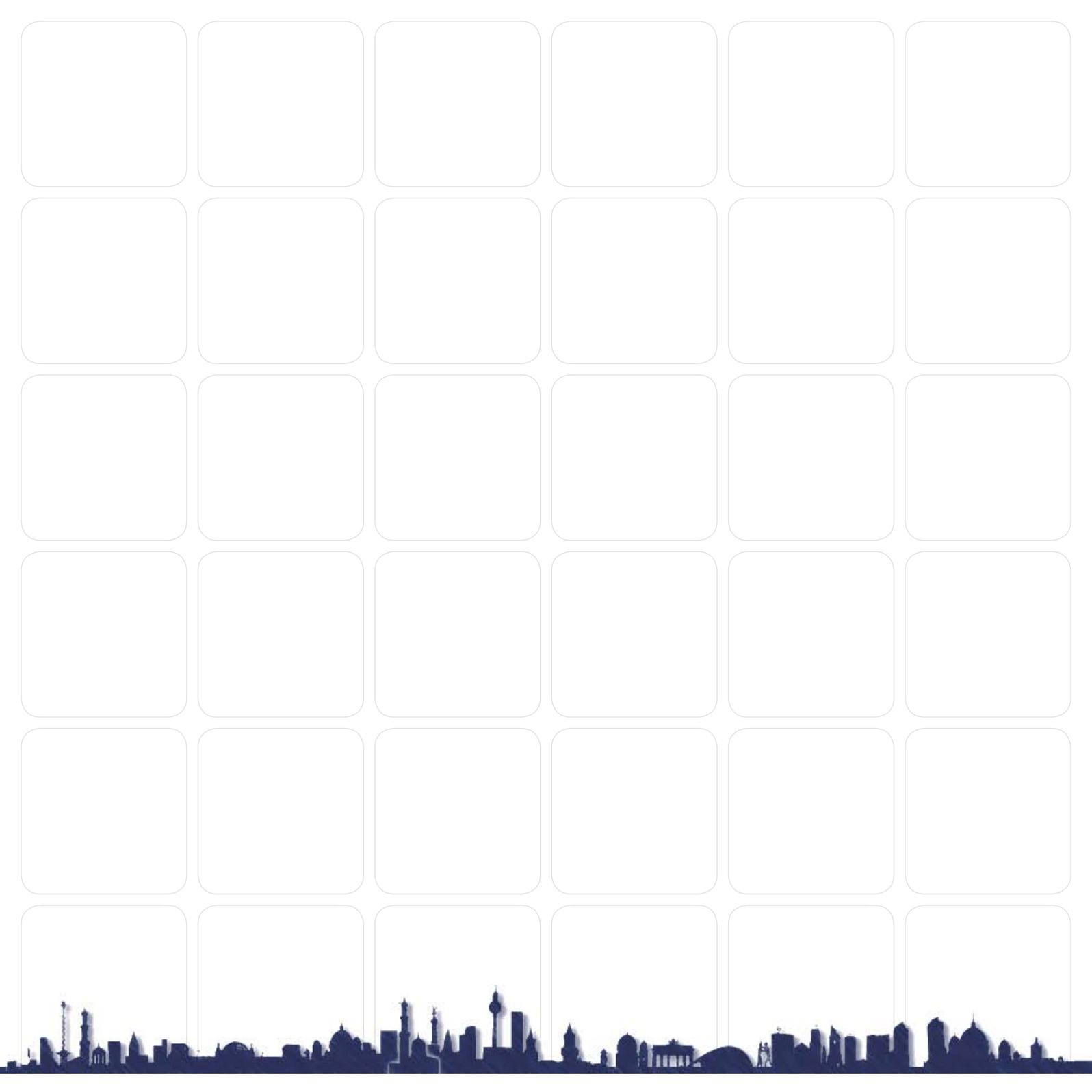
ich übersehen kann - auch in der Bundesrepublik Deutschland. Die mehrjährige Erfahrung in diesem Arbeitsfeld liegt nun gebündelt in Form einer Handreichung vor. Diese Handreichung stellt Möglichkeiten und Methoden der Intervention bei Moscheebaukonflikten vor und bezieht sich dabei exemplarisch auf einen Fall in Berlin, der maßgeblich zur Erprobung und Weiterentwicklung des Beratungsansatzes von PRO-AKTIV des Mobilen Beratungsteams »Ostkreuz« der Stiftung SPI beigetragen hat. Ich wünsche der Broschüre eine weite Verbreitung – auch über Berlin hinaus – und hoffe, dass die Berliner Erfahrungen im Zusammenhang mit der Moderierung von Moscheebaukonflikten in anderen

Städten und Regionen hilfreich sind und zu Verständigungsprozessen Gemeinden und Sozialräumen beitragen.

Das Projekt hat auch das Interesse der Bundesebene gefunden. Denn seine Finanzierung erfolgt zum Teil im Rahmen des Bundesprogramms „Kompetent. Für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bedanken. Das Mitarbeiterteam des Projekts „PRO-AKTIV“ hat sich mit der Vorlage der in der Broschüre zusammengefassten Arbeitsergebnisse als „kompetent für Demokratie“ erwiesen.

*Günter Piening*

Der Beauftragte des Berliner Senats für  
Integration und Migration



## *Inhaltsverzeichnis*

Moscheebau – Chance und Nutzen von Konflikten im Gemeinwesen	6
Wozu eine Konfliktanalyse?	7
Interventionsfall Moscheebaukonflikt in Berlin-Heinersdorf	10
Interview mit den Beraterinnen und dem Projektleiter des Beratungsteams	13
Interventionsfall Islamisches Kulturzentrum in Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf	16
Phasen im Beratungsprozess	17
PRO AKTIV Moderierende Begleitung von Verständigungsprozessen/Intervention in ethnisierte und konfessionalisierte Konflikte	18
PRO AKTIV Interventionen in Charlottenburg-Wilmersdorf Interreligiöser Dialog vor Ort	20
Der Landesweite Dialog Integration und Religion	24
Literatur	20
Internetadressen	28

# Moscheebau - Chance und Nutzen von Konflikten im Gemeinwesen

Um den Neubau von Moscheen sind in der Vergangenheit immer wieder Konflikte in Deutschland aufgetreten, die jedoch von der Stadtgesellschaft unterschiedlich bearbeitet werden können.

In einigen Fällen wird die Auseinandersetzung von Bezirkspolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft als rein baurechtliche Maßnahme behandelt, in anderen Fällen wurde der Konflikt genutzt, um nachhaltige Dialogstrukturen zwischen den Akteuren in der Kommune aufzubauen.

Diese Handreichung stellt Möglichkeiten und Methoden der Intervention bei Moscheebaukonflikten vor und bezieht sich dabei exemplarisch



auf einen Fall in Berlin, der maßgeblich zur Erprobung und Weiterentwicklung des Beratungsansatzes von **PRO-AKTIV** des Mobilien Beratungsteams »Ostkreuz« der Stiftung SPI beigetragen hat. Statt sich auf die Gretchenfrage von „Für oder Gegen den Moscheebau“ zu konzentrieren, will das MBT »Ostkreuz« einen Diskurs über Integration und Zusammenleben im Gemeinwesen herstellen, Polarisierungen durch das Angebot differenzierter

Perspektiven entschärfen sowie Dialog- und Beteiligungsräume eröffnen.

Vor jeder Beratung steht die Analyse. Deshalb wird im ersten Artikel auf das Verständnis von Konflikten und die Methode der Konfliktbearbeitung im Zusammenhang mit Moscheebauvorhaben eingegangen.

Zwei Fallbeispiele erläutern die Ausgangssituation vor den Beratungen und die anzutreffenden Problemlagen.

Die Darstellung idealtypischer Phasen im Beratungsprozess sowie Stolpersteine und Ideen für Erfolgsrezepte stellen einen weiteren praktischen Teil der Broschüre dar.

Was bei Interventionen in „ethnisierten und konfessionalisierten“ Konflikten zu beachten ist und welche Rolle die Beratenden spielen, wird im Interview mit zwei Beraterinnen deutlich.





## Wozu eine Konfliktanalyse?

Immer häufiger bestimmen prekäre gesellschaftspolitische Verhältnisse, ethnisierte oder konfessionalisierte Konflikte das Zusammenleben in Deutschland.

Projekte der Konfliktintervention arbeiten nicht neben, sondern immer im Konflikt. Manchmal ist ihr Thema direkt auf den Konflikt bezogen, manchmal nur indirekt. Sie können versuchen, den Konflikt von außen zu betrachten oder aber diesen bewusst zu berücksichtigen und Risiken zu minimieren oder/und einen direkten Beitrag zur Konfliktbearbeitung leisten.

Eine wesentliche Voraussetzung für Intervention in Konfliktsituationen ist ein vertieftes Verständnis der lokalen Situation. Es handelt sich um eine „Nahaufnahme“ des Konflikts, bei der ausführlich auf die lokalen Konfliktursachen sowie auf die einzelnen Konfliktakteure eingegangen werden kann. Oft stellt sich dabei heraus, dass es sich nicht nur um einen Konflikt handelt, sondern dass sich eine ganze Palette von Konfliktursachen überlagert. Bei der Erarbeitung der Problemfelder ist es wichtig, die Sichtweisen und Problemdefinitionen der Bewohner/innen und Akteure des Gemeinwesens mit einzubeziehen.

### **Eine Konfliktanalyse kann Beratungsteams dabei unterstützen**

- ◆ unterschiedliche gesellschaftliche Konfliktlagen zu reflektieren
- ◆ die Auswirkungen dieser Konflikte auf die lokale Bevölkerung sowie deren Umgangsweisen mit dem Konflikt zu verstehen
- ◆ Strategien für die eigene Organisation zur Bearbeitung, Minderung und Überwindung dieser Konflikte zu entwickeln
- ◆ konfliktbezogene Projektanträge oder Angebote vorzubereiten oder auf ihren Umgang mit dem Konflikt hin zu bewerten
- ◆ die Strategie und Implementierung des Projektes im Hinblick auf die Konfliktsituation zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen

*„Konflikte sind eine unvermeidbare und für den sozialen Wandel notwendige Begleiterscheinung des Zusammenlebens in allen Gesellschaften. Sie sind ein Ausdruck von Spannungen und Unvereinbarkeiten zwischen verschiedenen, voneinander abhängigen Parteien in Hinblick auf ihre jeweiligen Bedürfnisse, Interessen und Wertvorstellungen. Zu gesamtgesellschaftlichen Krisen und destruktiven Eskalationen führen solche Auseinandersetzungen vor allem in Phasen tiefgreifender sozioökonomischer Veränderungen und politischer Transformation; also dann, wenn es um die Neuverteilung von Lebenschancen und Partizipationsmöglichkeiten verschiedenen Gruppen geht“ (Ropers 1995:14).*



gegen Islamfeindlichkeit und politische Ideologisierung von Religion **PRO-AKTIV. 7**



Die **Do No Harm**-Analyse ist ein Instrument aus der Internationalen Zusammenarbeit und kann Hilfestellungen bei der Bestimmung und Bearbeitung von unterschiedlichen Konflikten geben. Mit dieser Methode lässt sich eine Risikoabschätzung von Interventionen im Gemeinwesen vornehmen, darüber hinaus dient sie der Auswertung von Wirkungen der eigenen Projektarbeit.

Das **Do No Harm**-Schema geht davon aus, dass es in jedem Konflikt Faktoren gibt, die die Menschen voneinander trennen (*dividers*), sowie Faktoren, die die Menschen miteinander verbinden (*connectors*).

Diese Faktoren können in den Bereichen Strukturen und Institutionen, Einstellungen und Handlungen, Orte und Regionen, Werte und Interessen, Erfahrungen und Symbole liegen.

Projekte sind aufgefordert, die *connectors* zu stützen und die *dividers* zu schwächen.

Der erste Schritt der **Do No Harm**-Methode besteht in einer Analyse des Konfliktkontexts. Dabei wird eine umfassende Identifikation der *dividers* und *connectors* vorgenommen. Zu den *dividers* gehören nach **Do No Harm** alle Faktoren, die die bestehende Polarisierung der Bevölkerung in antagonistische Konfliktparteien aufrechterhalten. Zu den *connectors* werden dagegen die Faktoren gezählt, die die Menschen - immer noch - miteinander verbinden.

Um die große Zahl der *connectors* und *dividers* zu strukturieren, werden sie verschiedenen Ebenen zugeordnet.

Do No Harm-Analyseschema

<b>Dividers</b>	<b>Projektvorhaben</b>	<b>Connectors</b>
Strukturen und Institutionen	Was ?	Strukturen und Institutionen
Einstellungen und Handlungen	Was ?	Einstellungen und Handlungen
Orte und Regionen	Wo?	Orte und Regionen
Werte und Interessen	Wer?	Werte und Interessen
Erfahrungen	Wann?	Erfahrungen
Symbole	Warum?	Symbole

### **Diese umfassen**

1. Systeme und Institutionen  
(z. B. Infrastruktur, Märkte)
2. Einstellungen und Handeln  
(z. B. Rassismus)
3. Orte und Regionen (z. B. Marktplatz)
4. vergangene und aktuelle Erfahrungen  
(z. B. Stigmatisierung)
5. Werte und Interessen (z. B. Religionen)
6. Symbole und Feste (z. B. Denkmäler,  
nationale Gedenktage)



Im zweiten Schritt wird die Arbeitsweise des Projektvorhabens detailliert analysiert. Dabei geht es um jeden Aspekt: Auftrag, Finanzierung und Beziehungen zum Auftraggeber sowie das „was, wie, wo, wer, mit wem, wann und warum“ der Projektarbeit. Dem liegt die Erfahrung zugrunde, dass in Konfliktsituationen jeder Aspekt eines Projektes, einschließlich scheinbar unwichtiger Details, eine Wirkung haben kann.

Zum Schluss wird jede Dimension des Vorhabens mit den *dividers* und *connectors* abgeglichen. Positive und negative Wirkungen werden als *Divider Impact* oder *Connector Impact* festgehalten. Wo negative Wirkungen entdeckt werden, überlegt das Projektteam, wie das Vorhaben so angepasst werden kann, dass die Wirkung in Zukunft vermieden wird. Dies kann eine alternative Art der Zielgruppenauswahl oder einen neuen Maßnahmenplan bedeuten. Wo sich positive

Wirkungen abzeichnen, wird andererseits überlegt, wie diese verstärkt und nachhaltig gemacht werden können.

Das Beratungsteam kann mit Hilfe dieses Ansatzes bei der Bestimmung der Zielgruppen, der Priorisierung von Problem- und Handlungsfeldern sowie bei der Entwicklung von gemeinsamen Umsetzungsstrategien Unterstützung leisten. Handlungsempfehlungen können sein: Eine stärkere Einbeziehung von „vermittelnden“ Aktivitäten, die Zusammenführung verschiedener Konfliktakteure, die Integration einer Konfliktbearbeitungskomponente (Mediation) oder die Formulierung eines Fortbildungsbedarfs.

# Interventionsfall Moscheebaukonflikt in Berlin-Heinersdorf

Im Ortsteil Heinersdorf des Berliner Bezirks Pankow führte der positive Bescheid einer Voranfrage zum Bau einer Moschee der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde zu ersten Protesten bei der Bevölkerung: Ein großer Teil der alteingesessenen Heinersdorfer/innen – später als eingetragener Verein Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer

die führenden Vertreter/innen der ipahb waren zwar mehrheitlich bemüht, sich von Rechtsextremist/innen abzugrenzen – islamfeindliche Stereotypen und Feindbilder, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen, boten jedoch immer wieder Ansatzpunkte für die neonazistische Szene, die auch an Demonstrationen der ipahb teilnahm.

Das Bauvorhaben selbst war nach allen Regeln des demokratischen Rechtsstaates legal. Dem Verfassungsschutz lagen keine Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Bestrebungen der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde vor.

Allerdings bietet der von der Ahmadiyya vertretene Islam durchaus Anlass zu Nachfragen bzw. zu einem kritischen Dialog mit anderen Muslim/innen und mit Nichtmuslim/innen. Dazu zeigte sich die Ahmadiyya-Gemeinde auch immer wieder bereit und bemühte sich aktiv um Gespräche mit ihren künftigen Nachbarn. Nach langjähriger Standortsuche für ihr Bauvorhaben blieb aufgrund des Bebauungsplans, der Kosten des Grundstücks sowie der Erreichbarkeit schließlich einzig das Grundstück in Heinersdorf.

Die ersten Demonstrationen der Bürgerinitiative gegen den geplanten Moscheebau riefen nicht nur Rechtsextremist/innen und antifaschistische Gegendemonstrant/innen auf den Plan, auch die regionalen und überregionalen Medien zeigten großes Interesse am ersten Moscheebauvorhaben in Ost-Berlin: Die Moschee wurde zum Politikum

Bürger e.V. „ipahb“ organisiert – protestierte mit Vehemenz gegen das geplante Bauvorhaben.

Die Kritik der ansässigen Bürger/innen: Die Gemeinde sei bisher im Ortsteil nicht ansässig gewesen, weshalb auch kein Grund für einen Moscheebau in Heinersdorf bestehe. Andererseits wurde die muslimische Gemeinde für ihre religiösen Ansichten angegriffen, die von der Bürgerinitiative als islamistisch eingestuft wurden. Als drohendes Szenario malte man dabei immer wieder das Bild einer bevorstehenden Islamisierung der Bundesrepublik.

An diesen Sorgen und Ängsten der Bevölkerung versuchten auch Rechtsextremisten wie die NPD und die „Freien Nationalisten“ politisches Kapital zu schlagen. Die Heinersdorfer Bürger/innen und



und die Auseinandersetzung kreiste um polarisierende Schlagwörter und Parolen wie „Zwangsheirat“, „Kopftücher“ und „Terroranschläge“, „xenophobe Ostdeutsche“ und „rotes Medienkartell“.

Zu diesem Zeitpunkt wurde auch das MBT »Ostkreuz« der Stiftung SPI vom Integrationsbeauftragten des Landes angefragt, in diesem Konflikt zu intervenieren. Die Mitarbeiter/innen des Teams führten zunächst Gespräche mit allen Akteuren und Konfliktparteien, die Gesprächsbereitschaft zeigten. Zu diesem Zeitpunkt war es wichtig, die unterschiedlichen Perspektiven des jeweiligen Anderen zu erfragen und sichtbar zu machen sowie ein detailliertes Bild der unterschiedlichen Konfliktlagen zu erstellen.

Nach diversen Vorgesprächen mit lokalen und bezirklichen Akteuren organisierte und moderierte das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« der Stiftung SPI vor Ort mehrere Gesprächsrunden, die dem Kennenlernen und kritischen Dialog dienen sollten. Daran nahmen neben Vertreter/innen der Ahmadiyya vor allem Heinerdorfer Bürger/innen (sowohl Mitglieder der ipahb als auch Heinerdorfer/innen v.a. aus der „bürgerlichen Mitte“, die das Bauvorhaben als legitime Ausübung der Religionsfreiheit betrachten) teil:

#### **06. Juni 2006**

„Miteinander statt übereinander reden“ in der Grundschule am Wasserturm

#### **25. August 2006**

„Religion, Religionsfreiheit und Extremismus“ mit Innensenator Dr. Erhart Körting in der Grundschule am Wasserturm

#### **15. September 2006**

„Islam und Politik/Staat“ mit Claudia Dantschke (Journalistin und Islamexpertin) und Abdullah Wagishauser (National-Amir der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde in Deutschland) in der Jugendfreizeitanlage Mahlerstraße 20 (Pankow-Weißensee)

Um vertrauensvolle Dialogprozesse zu moderieren, waren eine emphatische aber auch eine klare und strukturierende Position der Berater/innen notwendig. Diese ermöglichte, eigene Einstellungen und Meinungen immer wieder selbstbestimmt zu überprüfen und gleichzeitig die Komplexität des Konflikts aufzunehmen.

Dabei zeichneten sich zahlreiche weitere Konfliktlinien ab, die erst bei genauerem Hinsehen sichtbar wurden, aber ebenfalls tragend für die offensichtlich zu Tage tretende Konfliktlage waren: Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen, Alt- und Neuheinerdorfer/innen sowie politischer Elite und tatsächlichen oder auch vermeintlichen Bürgerrechtlern. Hinzu kam als Kernkonflikt das Gefühl vieler Heinerdorfer, in einem von Politik und Kommune „vergessenen Tal“ eingeklemmt zwischen Alt-Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee zu leben und kaum Gestaltungsmöglichkeiten im Gemeinwesen zu haben. Vor diesem Hintergrund entwickelten die Heinerdorfer/innen ein identitäres Grundgefühl von Bevormundung, Benachteiligung, mangelnder Anerkennung und gefühlter Nichtteilhabe.

Die Dialogrunden wurden in den folgenden Monaten erweitert. Politiker/innen und Personen





aus der Verwaltung wurden eingeladen, und die Heinersdorfer/innen stellten sich unabhängig vom Ausgangskonflikt des Moscheebaus die Frage, wie sie zukünftig ihr Gemeinwesen gestalten wollten.

Parallel gründete sich die Initiative „Heinersdorf, öffne Dich“. Hier fanden sich ansässige Bürger/innen aus unterschiedlichen Spektren zusammen, die dem Moscheebau mit einer toleranten Haltung begegneten.

Die Initiative „Heinersdorf öffne Dich“ regte die Durchführung einer Zukunftswerkstatt an. Diese wurde im November 2006 vom MBT »Ostkreuz« der Stiftung SPI organisiert und mündete in eine eigene Initiative – die „Zukunftswerkstatt Heinersdorf“.

Die Initiative „Zukunftswerkstatt Heinersdorf“ plante im Weiteren gemeinsam mit dem Mobilien Beratungsteam »Ostkreuz« eine Zukunftskonferenz, die vom 16. bis 18.11.2007 in der Turnhalle der Grundschule am Wasserturm stattfand. Zur Konferenz war ein breites Spektrum von Heinersdorfer Bürger/innen, verschiedene Akteure aus Politik und Verwaltung sowie Mitglieder der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde eingeladen. So fanden Bürger/innen mit ganz verschiedenen Ansichten und Anliegen auch mit Pankower Politiker/innen von SPD, Linkspartei, Bündnis'90/Die Grünen und CDU zu Gesprächen zusammen, die über die Entwicklung gemeinsamer Visionen schließlich zu konkreten Zielen und Projekten führten.

Die Konferenz hat nicht nur gezeigt, dass es Heinersdorfer/innen gibt, die sich für das nachbarschaftliche Miteinander und die Entwicklung

ihres Gemeinwesens engagieren. Sie verdeutlichte auch, dass es in Heinersdorf kein Meinungsmonopol der Moscheebaugegner/innen, sondern eine Vielfalt verschiedener Ansichten und Anschauungen gibt. Dabei hat sie zu ergebnisorientierten Gesprächen zwischen Bürger/innen, Politik und Verwaltung beigetragen, auf die das bürgerschaftliche Engagement in Heinersdorf weiter aufbauen kann. Diesem Leitziel gemäß war es ein zentrales Anliegen der Zukunftskonferenz, Heinersdorfer Bürger/innen (sowohl Moscheebaukritiker/innen als auch Heinersdorfer/innen vor allem aus der „bürgerlichen Mitte“, die das Bauvorhaben als legitime Ausübung der Religionsfreiheit betrachten) miteinander, aber auch mit verantwortlichen Akteuren aus (bezirklicher) Politik und Verwaltung ins Gespräch zu bringen, um Ideen für ein tolerantes, demokratisches und stadtplanerisch entsprechend ausgerichtetes Gemeinwesen zu entwickeln. Und zwar ohne Ausgrenzung von Mitgliedern der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde, die als religiöse Minderheit seit 2008 mit ihrer Moschee in Heinersdorf verortet und insofern als Teil des Gemeinwesens zu betrachten ist.

Ein zentrales Ergebnis der Zukunftskonferenz war die Gründung des Bürgervereins Heinersdorf, durch den das bürgerschaftliche Engagement für das nachbarschaftliche Miteinander von Menschen unterschiedlichster Herkunft und die konstruktive Partizipation der Heinersdorfer Bürger/innen an der Entwicklung ihres Gemeinwesens feste Formen annehmen konnte.

# Interview mit den Beraterinnen und dem Projektleiter des Beratungsteams

## *Wer erteilt den Arbeitsauftrag?*

Das hängt immer vom jeweiligen Konflikt im Gemeinwesen ab. In der Regel ist es aber die Selbstverwaltung des Stadtbezirks in Berlin, die sich an das Beratungsnetzwerk wendet. Also beispielsweise die Bezirksbürgermeister/in oder der/die Integrationsbeauftragte. Das Beratungsnetzwerk wiederum beauftragt das Beratungsteam mit dem Arbeitsschwerpunkt „Umgang mit ethnisierten und konfessionalisierten Konflikten im Gemeinwesen“, den Kontakt mit den Auftraggebern vor Ort aufzunehmen.

Es hört sich kompliziert an, doch von einer Anfrage an das Beratungsnetzwerk bis zur Arbeitsaufnahme des Beratungsteams vergehen nur ein paar Tage.

## *Womit beginnt die Beratung?*

Der erste Schritt ist die Erstellung einer Konfliktanalyse. Dazu gehört eine erste vorläufige Lageeinschätzung, die sich zunächst auf eine Recherche des bisher veröffentlichten Materials (Zeitungen, Internetmeldungen) beschränkt. Um diese Perspektive zu überprüfen und den Konflikt genauer einzugrenzen, führen wir im zweiten Schritt Gespräche mit verschiedenen Akteuren aus dem Stadtbezirk. Dazu gehören im Falle eines Moscheebaukonflikts die politische Spitze und/oder der Integrationsbeauftragte der kommunalen Selbstverwaltung des Bezirks, lokale Akteure, die dem Moscheebauvorhaben eher tolerierend oder

unentschlossen gegenüber stehen, Moscheebaugegner/innen, Funktionäre und Mandatsträger/innen von demokratischen Parteien aus dem Stadtbezirk sowie Vertreter/innen der islamischen Gemeinde.

## *Was ist das Ziel der Beratung?*

Zunächst soll herausgefunden werden, wie die Bevölkerung und die Akteure des Konflikts die Situation aus der jeweils eigenen Perspektive einschätzen, welche die zentralen Anliegen der einzelnen Gruppen sind und wie diese sich ihre jeweilige Ideallösung vorstellen. Wir versuchen eine Situation zu schaffen, in der die Akteure des Konflikts ihre Positionen auf der Grundlage gegenseitigen Respekts darstellen und miteinander verhandeln können. Ideal wäre, wenn tragfähige Lösungen gefunden würden, wie die geplante Moschee ins bezirkliche Gemeinwesen eingebunden werden kann.

Das Ziel der Gemeinwesenintervention ist es also, bei der Gestaltung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens eine zivilgesellschaftlich demokratische Dialog-

und Streitkultur zu etablieren und eine Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement zu erreichen.



*In welcher Form können sich die Akteure austauschen, ohne in die alten Konfliktmuster zu geraten?*

Das Beratungsteam versucht im Laufe des Beratungsprozesses, unterschiedliche Akteure in zunächst kleinen, dialogfähigen Runden zusammen zu bringen. Im weiteren Verlauf kann der Personenkreis mit anderen relevanten Akteuren vergrößert werden, oder es werden punktuell Experten hinzugezogen.

Wichtig ist, dass die Versammlungen in einem geschützten Raum stattfinden und nicht öffentlich sind. Die Berater/innen moderieren die Diskussionen und versuchen, eine versachlichte und differenzierte Debatte über den Moscheebaukonflikt zu führen. Darauf aufbauend, sollen konkrete

*Wie sollte ein Beratungsteam idealtypisch aussehen?*

Wir arbeiten in einem interkulturellen, geschlechtergemischtem Team. Es gibt unterschiedliche Fähigkeiten, fachliche Schwerpunkte und Erfahrungen der Berater/innen, so dass wir in der Lage sind, den Konflikt multiperspektiv zu betrachten. Es ist wichtig, die Bereitschaft zu haben, sich in das Konfliktgeschehen hineinzubegeben und die einzelnen Meinungen der Akteure aufzunehmen. In diesem Stadium kann die Beratungsarbeit auch als Aufbau von Vertrauensbildungsprozessen zwischen dem/der Berater/in und den Akteuren im Gemeinwesen gesehen werden. Gleichzeitig ist es notwendig, einen professionellen Abstand zum Konfliktgeschehen und seinen Dynamiken zu wahren.

Im Dialogprozess verhalten wir uns grundsätzlich offen moderierend. Was aber nicht heißt, dass wir keine Standpunkte vertreten. Die Grundlage unserer Arbeit sind die Grund- und Menschenrechte.

*Vor welchen Schwierigkeiten steht ein Beratungsteam, das sich interethnischen und interreligiösen Konflikten widmet?*

Es kommt immer darauf an, zu welchem Zeitpunkt die Arbeit des Beratungsteams beginnt. So gilt die Formel „Je früher im Konflikt aktiv, desto leichter ist es, in diesem zu agieren“. Wenn der Bau einer Moschee von städtischer Seite schon genehmigt ist und die Anwohner/innen dies aus der Zeitung oder von rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen erfahren, sind dies schwierige Ausgangsbedingungen. Dialogrunden



Handlungsschritte entwickelt werden. Je nach Art des Konflikts können diese beispielsweise in ein gemeinsames Sicherheitskonzept für die Moschee (an dem die Nachbarschaft aktiv mitwirkt) oder in der Erarbeitung von Nutzungsplänen für gemeinwesenorientierte Projekte auf dem Gelände der Moschee münden.



dürfen sich nicht zu Expertenforen für religiöse Fragestellungen entwickeln, sondern müssen Raum lassen für Ängste und Fragen von Anwohner/innen, bei denen gemeinsam nach Antworten gesucht wird.

*Können Sie mir ein positives Beispiel für einen Beratungsprozess nennen?*

In Berlin-Kreuzberg leben viele unterschiedliche Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die sich vielen verschiedenen religiösen und nicht-religiösen Gruppierungen zuordnen. Das Verhältnis zwischen Angehörigen unterschiedlicher Religionen ist dabei nicht immer konfliktfrei, sondern durch Vorurteile und Ablehnung gekennzeichnet.

2003 bildete sich eine Initiativgruppe, die das Gespräch zwischen Angehörigen unterschiedlicher Religionen in Berlin-Kreuzberg und das friedliche Zusammenleben im Gemeinwesen fördern wollte. Die Mitarbeiter/innen von Ostkreuz unterstützten von Beginn an diese Aktivitäten.

Ein Jahr später entstand aus diesem Kreis die

„Initiative InterReligiöser Dialog in Kreuzberg“ (IRDik). Bis heute gehen von IRDIK verschiedene Aktivitäten aus. Ich denke an das „Spätsommerfest“, bei dem rund 200 Vertreter/innen, Mitglieder und Besucher/innen unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften, Projekte und Einrichtungen zusammenkamen. Auch die Floßfahrt „Arche Kreuzberg - für ein friedliches Miteinander in unserem Bezirk“, bei der junge Mitglieder aus der Evangelischen Gemeinde, der Jüdischen Gemeinde und der Türkisch-Islamischen Gemeinde sowie der Alevitischen Gemeinde teilgenommen haben, war ein beeindruckendes Ereignis. Im Jahr 2006/2007 entwickelte IRDIK eine „Charta der Religionen“ für den Bezirk Kreuzberg. Sie wurde von vielen christlichen und jüdischen Gemeinden, aber auch muslimischen und alevitischen Vereinen unterschrieben. Diese Aktivitäten waren auch die Vorläufer und Entwicklungsmotoren für den **PRO-AKTIV**-Ansatz von uns.



# Interventionsfall Islamisches Kulturzentrum in Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf

Bis 1920 war Charlottenburg eine selbstständige und wohlhabende Großstadt westlich des alten Berlin. Bei der Eingemeindung nach Berlin wurde daraus der Bezirk Charlottenburg, der 2001 mit dem Bezirk Wilmersdorf zusammengelegt wurde. In diesem Bezirk, der sich durch eine multikulturelle und liberale Lebensweise auszeichnet, wollte der muslimische Verein INSSAN ein islamisches Kulturzentrum mit einer Moschee bauen. Die Bezirksversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf begrüßte dieses Vorhaben, und der Verein beantragte einen Bewilligungsbescheid für ein Grundstück in der Nähe des Mierendorffplatzes.

zum Ausdruck: Wird durch die Moschee eine konservative islamische Lebensweise in den Kiez hineingetragen? Werden Migrant/innen auf der Straße darauf angesprochen, dass sie kein Kopftuch tragen? Findet mit dem Moscheebau eine Islamisierung des Stadtteils statt?

Im Auftrag des Integrationsbeauftragten des Landes setzte sich das Beratungsteam mit der Migrationsbeauftragten des Bezirks in Verbindung, um gemeinsam mit ihr eine Strategie zur Gemeinwesenintervention zu entwickeln. Nach Auftragsklärung und in enger Absprache mit der Migrationsbeauftragten wurde mit einer Konflik-



INSSAN e.V. ist in Fachkreisen ein umstrittener Verein, der eine konservative Auslegung des Islam propagiert und nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes Verbindungen zu islamistischen Gruppierungen hat.

Die Zeitungen berichteten über den geplanten Moscheebau, und Unmut begann sich zunächst in Form von Leser/innenbriefen zu regen. Dabei kamen verschiedene Ängste und Befürchtungen

analyse begonnen. Mit Beendigung der Presse- und Internetrecherche wurden die verschiedenen Akteure im Konflikt aufgesucht und ihre Perspektiven aufgenommen. Zentrale Gruppierungen in Charlottenburg waren die Bürgerinitiative „Menschen am Mierendorffplatz“, die muslimischen Vereine im Bezirk, Vertreter/innen aus der Bezirkspolitik, christliche Gemeinden und das Stadtteilbüro im Bezirk.

## Phasen im Beratungsprozess

Die Konfliktslage stellte sich vielschichtig dar. So äußerten insbesondere die Anwohner/innen mit Migrationshintergrund Befürchtungen um den Verlust eines offenen, liberalen Lebensstils im Kiez. Als Kernkonflikt wurde jedoch auch in Charlottenburg das Verhalten von Politik und Verwaltung beschrieben, welche die Betroffenen des Gemeinwesens nicht frühzeitig mit in den Blick genommen hatten. Das Beratungs- und Interventionsteam entschied, sich zunächst mit einem interreligiösen Dialog zu beginnen. Dieser sollte nicht nur das gegenseitige Kennenlernen zwischen den Glaubensgemeinschaften befördern, sondern auch die Frage klären, wie die unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften im Gemeinwesen verankert sind und welche Rolle sie dabei spielen können. Noch vor Zustandekommen der Dialogrunden wurde das Grundstück, das der Verein INSSAN kaufen wollte, an einen anderen Bieter vergeben. Nach Absprachen mit dem Bezirk wurde der interreligiöse Dialog jedoch fortgeführt. Die Tatsache, dass das Bauvorhaben nicht umgesetzt wurde, ist dabei nicht als Erfolg der Moscheebaugegner zu werten, sondern gibt Anlass für eine langfristige interreligiöse Verständigung und Arbeit im Gemeinwesen, welche die Integration der vor Ort lebenden Muslime in ein demokratisches Gemeinwesen zum Ziel hat.

### den Konflikt beschreiben

Gruppe Stadtbezirk Land

### Verbesserung der Situation

Welche Ziele leiten sich aus der Problembeschreibung ab?

### Handlungsperspektiven entwickeln

Aktivitäten Gruppe  
Aktivitäten Stadtbezirk  
Aktivitäten Land

**Realistische Ziele formulieren  
im Gesamtspektrum der  
Aktivitäten Prioritäten setzen  
entsprechend der Möglichkeiten und des  
institutionellen Schwerpunktes**



# PRO-AKTIV

## ***Moderierende Begleitung von Verständigungsprozessen/ Intervention in ethnisierte und konfessionalisierte Konflikte***

**PRO-AKTIV** berät lokale Akteure und organisiert und moderiert Kommunikationsprozesse im Gemeinwesen mit dem Ziel der Versachlichung, Differenzierung, Verbreiterung und Pluralisierung der öffentlichen Debatte über das gesellschaftliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Herkunft und Identität mit und ohne Migrationshintergrund.

**PRO-AKTIV** setzt dabei insbesondere auf die Organisation dialogischer Prozesse auf unterschiedlichen Ebenen. Akteure aus unterschiedlichen Bereichen und mit unterschiedlichen Hintergründen sollen auf gleicher Ebene zusammengebracht und deren Beteiligung gefördert werden.

Adressaten des Projektes sind alle für die Konfliktlage relevanten Akteure: Einzelpersonen und Gruppen, die über Handlungsspielräume zur Mitgestaltung ihres sozialen und/oder beruflichen Umfeldes, ihrer Organisation oder Einrichtung verfügen.

In Charlottenburg unterstützt das MBT »Ostkreuz« der Stiftung SPI und sein Teilprojekt **PRO-AKTIV** in Abstimmung mit der Bezirksbürgermeisterin lokale Akteure bei der Entwicklung eines gemeinwesenorientierten Dialoges über die Gestaltung des Zusammenlebens in der Einwanderungsstadt Berlin. Hier insbesondere mit individuellem Blick auf den Bezirk, die Bedeutung der Religionsfreiheit und die Mitverantwortung von religiösen Gemeinschaften und Migrantenorganisationen für das Miteinander im Gemeinwesen. Dabei wird auf die Unterscheidung von sachlicher (Religions- und Ideologie-) Kritik und rechtsextremem Populismus geachtet. Aber auch darauf, die Instrumentalisierung lokal deutungsmächtiger Akteure (örtlicher Honorator/innen) durch extremistische Gruppierungen möglichst zu verhindern. Das MBT »Ostkreuz« greift dabei auf bereits bestehende Kontakte zu lokalen Akteuren (Migrantenbeauftragte, Stadtteilmanagement, Bürgerinitiative etc.) zurück und knüpft weitere Kontakte (zum Verein Inssan und zu bereits in Charlottenburg-Wilmersdorf etablierten Moscheevereinen, Migrant/innenvereinen, Kirchengemeinden, lokalen Basisgliederungen demokratischer Parteien etc.).

Diese Vorarbeit bildet die Basis für das vom MBT »Ostkreuz« entwickelte Teilprojekt „**(PRO-AKTIV gegen Islamfeindlichkeit und politische Ideologisierung von Religion in Berlin)**“ (**PRO-AKTIV**), das seit Juli 2008 als besondere Maßnahme im Rahmen des Berliner Beratungsnetzwerkes und des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ beim MBT »Ostkreuz« angesiedelt ist. **PRO-AKTIV** soll auch dem Umstand Rechnung tragen, dass Handlungsbedarf nicht nur hinsichtlich der Unterstützung lokaler Akteure bei der Entwicklung und Implementierung themenbezogener Dialog- und Kooperationsstrategien besteht. Vielmehr ist allgemein eine Konfliktsituation im Land Berlin (und darüber hinaus) zu konstatieren. Zu deren Bearbeitung soll eine Interventionsstruktur geschaffen werden, die ein erprobtes, deeskalierendes und dialogförderndes Instrumentarium zur Verfügung stellt, das im Bedarfsfall lokal (im Bezirk/Sozialraum) schnell angewendet und landesweit an einer Entschärfung von Konfliktsituationen arbeiten kann.

Link: <http://www.moscheebau-in-berlin.de/>



# Interventionen in Charlottenburg-Wilmersdorf Interreligiöser Dialog vor Ort

**PRO-AKTIV**

Bezirksbürgermeisterin Frau Monika Thiemen lädt seit 2008 in enger Kooperation mit dem Mobilen Beratungsteam »Ostkreuz« der Stiftung SPI und seinem Teilprojekt **PRO-AKTIV**, Vertreter/innen der verschiedenen Religionsgemeinschaften des Bezirkes zum interreligiösen Dialog Charlottenburg-Wilmersdorf ins Rathaus ein.

In den Dialogrunden lernen sich die Vertreter/innen der verschiedenen Religionsgemeinschaften aus Charlottenburg-Wilmersdorf näher kennen und tauschen sich gemeinsam über Vorstellungen und Visionen für ein zukunftsorientiertes und friedliches Miteinander im Bezirk aus. Darüber

Dialogs im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf am 1. Dezember 2008 zeigte sich, dass es bisher wenig Kontakte zwischen den verschiedenen Glaubensrichtungen gab, dass die Religionsgemeinschaften eher nebeneinander lebten. Thematisiert wurden gesellschaftliche, soziale und jugendspezifische Probleme (z.B. Gewalt, Drogen), mit denen die Gemeinden in ihrer alltäglichen Arbeit konfrontiert sind. Aber auch andere soziale Fragen der Religionsangehörigen, wie z.B. Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit etc. beschäftigen die Vertreter/innen der Religionen. Alle Anwesenden waren sich einig in ihrem Wunsch nach interre-



hinaus soll das Zusammenkommen der Religionsgemeinschaften perspektivisch dazu dienen, ein ggf. intervenierendes Netzwerk aufzubauen. Neben Vertreter/innen der Gemeinden, der Bürgermeisterin, dem Integrationsbeauftragten des Bezirkes und dem PRO-AKTIV Team nehmen auch die Bezirksstadträte an den regelmäßigen Sitzungen des Interreligiösen Dialoges teil.

Bei der Auftaktveranstaltung des Interreligiösen

ligiösen Begegnungen. Dabei sollten weniger theologische Auseinandersetzungen sondern eher das gegenseitige Kennenlernen im Vordergrund stehen. Gesellschaftliche Belange und Konfliktsituationen sollten das gemeinsame Themenspektrum der zukünftigen Dialogrunden bilden. Die Vertreter/innen der Religionen drückten ihren Wunsch nach einer kontinuierlichen Fortsetzung des Interreligiösen Dialoges aus.

Auf der zweiten Sitzung des Interreligiösen Dialogs am 17. März 2009 (im Rathaus) wurde der Wunsch nach einem intensiveren Austausch zum Thema Jugendarbeit aufgegriffen. So diskutierten der eingeladene Jugendstadtrat Reinhard Naumann und die anwesenden Vertreter/innen der verschiedenen Religionsgemeinschaften gemeinsam über die Jugendarbeit im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Vorab berichtete Reinhard Naumann über die vielfältigen kommunalen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe und der Schulsozialarbeit. Die anwesenden Vertreter/innen der verschiedenen Religionsgemeinschaften wurden aufgefordert, das Thema in ihre Gemeinden zu tragen und über Lösungsvorschläge nachzudenken. Nach der Berichterstattung des Jugendstadtrats über die kommunalen Angebote waren die anwesenden Vertreter/innen der verschiedenen Religionsgemeinschaften aufgerufen, die Jugendarbeit ihrer Gemeinden vorzustellen. Dabei zeigte sich, dass die Gemeinden bei ihrer Jugendarbeit sowohl das Ziel der gesellschaftlichen Integration als auch die Bewahrung und Stärkung der jeweiligen religiösen Identitäten ihrer Gemeindeglieder verfolgen. Den kleineren Gemeinden fehlt es jedoch oft an qualifiziertem pädagogischen Personal. Eine Unterstützung bei der Erstellung geeigneter pädagogischer Konzepte und bei der Beantragung von Fördermitteln könnte unterstützend hilfreich sein.

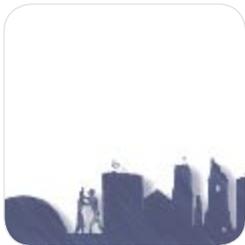
Die Teilnehmer/innen zeigten sich darin einig, dass die Angebote seitens der Gemeinden grundsätzlich offen für alle Kinder- und Jugendlichen

sein und nicht nur als Religionsarbeit verstanden werden sollten. Eine Trennung zwischen der Vermittlung von Religion und der offenen Jugendarbeit sollte eingehalten werden.

Die dritte Sitzung des Interreligiösen Dialoges Charlottenburg Wilmersdorf hatte den Schwerpunkt „Islam und islamisches Leben in Berlin“. Eine externe Referentin wurde eingeladen, um einen kurzen Überblick über den Islam und über islamisches Leben in Deutschland und Berlin zu geben. Beginnend mit der Entstehungsgeschichte des Islam und der Klärung einiger Begrifflichkeiten erörterte sie die tatsächliche Anzahl der in Deutschland und in Berlin lebender Muslim/innen. Darüber hinaus erläuterte sie die verschiedenen religiösen Strömungen innerhalb des Islams und klärte über die verschiedenen islamischen Verbände in Deutschland auf.

Nach der Einführung in das Thema waren die Spannungsfelder zu thematisieren sowie einige strittige Fragen wie die Einhaltung der Menschenrechte zu klären. Problematisch im Hinblick auf die Einhaltung der Menschenrechte ist die Tatsache, dass der Kairoer Vertrag der Menschenrechte die unterzeichnenden Länder nur insofern zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet, wenn diese mit der Scharia übereinstimmen und nicht gegen sie verstoßen. Damit werden die universalen Menschenrechte der Scharia unterworfen. Es scheint aber in sich ein Widerspruch zu sein, eine Scharia, die auf die Rechte der islamischen Gemeinschaft (umma) ausgerichtet ist, mit den Menschenrechten, die das Individuum bestärken,





in Zusammenhang zu bringen (bzw. zu amalgamieren). Wie kann es in Anbetracht dieser Tatsache möglich sein, dass versucht wird, die Scharia als menschenrechtskonform zu bezeichnen?

Gibt es ein muslimisches Land, das die Scharia eingeführt hat und gleichzeitig die universellen Menschenrechte achtet? Ist so etwas möglich? Aber was versteht man unter der Scharia? Gibt es denn überhaupt die islamische Scharia? Was macht sie aus? Was sind ihre Bestandteile? Weil in Geschichte und Gegenwart nicht eindeutig geklärt ist, was die Scharia definiert, scheint es schwierig zu sein, die Konformität zwischen den universellen Menschenrechten und der Scharia zu beleuchten. Dennoch scheint die gelebte Scharia in verschiedenen Gesellschaften nicht die Bedingungen der universellen Menschenrechte zu erfüllen.

Ein weiteres Spannungsfeld in der Auseinandersetzung mit dem Islam und dem Zusammenleben mit Muslimen bildet das islamische Kopftuch. Dabei stellt sich die Frage, aus welchem Grund das Tragen eines Kopftuches eine religiöse Pflicht ist. Regelt die Bedeckung der Haare das Verhältnis zu Gott oder wird durch sie das patriarchale Geschlechterverhältnis zementiert? In erster Linie dient das Kopftuch dazu, die Frau zu verhüllen, um somit ihre weiblichen Reize nicht offen zu zeigen. Also ist der Zweck der Verhüllung in erster Linie die Trennung der Geschlechter, wodurch die Frau den Respekt vor Gott bezeugen soll. Die fünf Stellen im Koran, die der Frau das Verhüllen der Haare vorschreiben sollen, sind differenziert

zu betrachten, da die Wortwahl nicht eindeutig ist. Das kann zu verschiedenen Interpretationen führen.

Ein ganz anderes Problem stellen die Predigtsprache und die Herkunft der Imame der islamischen Gemeinden dar. Könnte man der Radikalisierung vorbeugen, indem die Predigten auf Deutsch abgehalten würden? Was kann ein Prediger/Imam zur Integration der Muslime beitragen, der die deutsche Sprache unzureichend beherrscht und noch dazu wenig über die gesellschaftlichen Umstände in Deutschland informiert ist? Es gibt seit Jahren die Erwägung, deutsche Imame in Deutschland auszubilden. Doch dieses Vorhaben bringt auch einige ungeklärte Fragen mit sich. Wer wird die Imame ausbilden? Welchen Islam werden sie erlernen und somit als Multiplikatoren weitergeben?

Auf der vierten Sitzung des Interreligiösen Dialoges Charlottenburg-Wilmersdorf wurden die Interessen und Ziele des Teilnehmerkreises vorgestellt und reflektiert. Hierzu hatte das **PRO-AKTIV** Team die Gemeinden vor Ort aufgesucht und Einzelgespräche mit den Vertreter/innen der Gemeinden geführt. Die Ergebnisse der Gespräche wurden zu einer vorläufigen Bestandsaufnahme zusammengefasst und sollen als Grundlage für eine weitere Verfahrensweise herangezogen werden.



Ein Zwischenresümee der Einzelgespräche im Rahmen einer umfangreichen Bestandsaufnahme über Interessen und Ziele der Teilnehmer/innen des Interreligiösen Dialoges zeigt, dass die Beteiligten vor allem Ansprech- und Gesprächspartner/innen bei Konflikten finden (wollen) und selbst als Ansprechpartner für Vertreter/innen anderer Gemeinden wirken möchten. Sie wollen sich gegenseitig „in den Blick bekommen“, aber auch „im Blick halten“ und durch einen Austausch über unterschiedliche Problemlagen in den Gemeinden präventiv Konflikten vorbeugen. Sie wollen Begegnungen, Wissen voneinander und Kontakte untereinander ausbauen und bei Handlungsbedarf gemeinsam handeln. Wichtig dabei ist es, den Dialog zu intensivieren, Vorurteile, Ressentiments abzubauen und „Miteinander zu lernen“. Einige wollen als Religionsgemeinschaft im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wahrgenommen werden und Einblicke in andere Religionsgemeinschaften bekommen, um so die gegenseitige Akzeptanz zu fördern. Schließlich werden die

direkten Kontaktmöglichkeiten zu Politik und Verwaltung erwünscht.

Bei der Frage, wohin sich der Interreligiöse Dialog entwickeln soll, wird von den Teilnehmenden in erster Linie der Austausch über religiöse und gesellschaftliche Positionen genannt. Dabei sollen Konflikte angeführt und gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. Gewünscht wird der Aufbau eines Netzwerks, das thematisch und praktisch Verständigungsmöglichkeiten eröffnet sowie als Forum für aktuelle Geschehen dient. Die Dialogrunde soll perspektivisch zu einem handlungs- und interventionsfähigen Netzwerk ausgebaut werden. Zunächst steht jedoch die Entwicklung gemeinsamer Grundlagen an, die vor allem auf Fragen der Menschen- und Grundrechte eingeht und auf gesellschaftliche Herausforderungen reagiert.

Die Interreligiösen Dialogrunden 2010 sind bereits in Planung und werden durch gegenseitige Einladungen in die Gemeinden ergänzt.



# Der Landesweite Dialog Integration und Religion

## I. Hintergrund

Im November 2008 kam auf Einladung des **PRO-AKTIV** Teams erstmalig eine Runde unterschiedlicher Akteure zusammen, um gemeinsam über das Themenfeld Integration und Religion mit Blick auf Berlin ins Gespräch zu kommen.

Anlass des Treffens waren zunächst die jährlich stattfindenden Tage des interkulturellen Dialogs, doch die Teilnehmer/innen äußerten Bedarf an einem weiteren Austausch, so dass inzwischen drei weitere Dialogrunden zu den Themen Moscheebau, Islamismus und Religion und Menschenrechte organisiert wurden. Dabei wurde deutlich, dass die Dialogrunden aufgrund ihrer thematischen Auseinandersetzung und ihrer personellen Zusammensetzung das Potential für ein tragfähiges landesweites Netzwerk bergen.

Vertreten sind in der Dialogrunde Akteure aus den Bereichen Landespolitik, Bildung, Religionsgemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Durch eine Befragung der Teilnehmer/innen konnten wichtige Themenfelder für die Runde identifiziert werden

- Verhältnis von Religion und Integration – Menschenrechte und Religion
- Migration, Integration und Segregation
- Religion und Säkularismus – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- Unterscheidung von Islam und Islamismus
- Religion und Schule – Kinder- und Jugendarbeit
- Religiöse Vielfalt in Berlin
- Aktivierung von Potenzialen von Vielfalt – Identitäten und Integration
- Umgang mit Moscheebaukonflikten, religiösen Symbolen, Gewalt in den Kiezen und traditions begründeten Zwängen
- Grundlagen für ein friedliches Miteinander in Berlin.

Die Dialogrunde lebt insbesondere von ihrem offenen Diskussionscharakter: Man begegnet einander mit Respekt und auf gleicher Augenhöhe. Dennoch werden auch brenzlige Fragen nicht ausgespart. Zu den letzten beiden Runden wurden außerdem Referent/innen als Impulsgeber hinzugezogen.





Hier ein Rückblick

## II. Die Dialogrunden

### 5. November 2008 im Roten Rathaus in Mitte

**Thema** Stellung der Religionsgemeinschaften im politischen Gemeinwesen und ihre Verantwortung für das Miteinander der Menschen in einer demokratischen Stadtgesellschaft

In der aktuellen Integrationsdebatte wird häufig die Bedeutung von Religion für Integrationsprozesse herausgestellt. Um diese Bezugnahme und ihre Einbettung in gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu diskutieren, organisierte das **PRO-AKTIV** Team im November 2008 im Rahmen der Tage des interkulturellen Dialogs einen Dialogtisch mit verschiedenen Akteuren des Berliner Gemeinwesens. Eingeladen waren Vertreter/innen religiöser Gemeinschaften, Politiker/innen, Bürgerinitiativen, Islamwissenschaftler/innen und Journalist/innen.

Der thematische Rahmen war bewusst weit gefasst worden, um verschiedenste Überlegungen, Aspekte und Fragen rund um den Themenkreis „Integration und Religion“ zu ermöglichen.

#### Einige der diskutierten Thesen lauteten

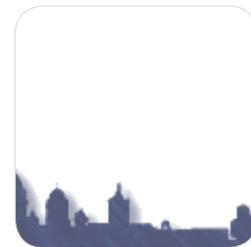
◆ Gemeinwesenorientierte Dialoge vor Ort können dazu beitragen, Ängste und Ressentiments gegenüber dem vermeintlich „Fremden“ abzubauen. Gegenseitige Vorbehalte können durch persönliche Begegnungen vermindert werden.

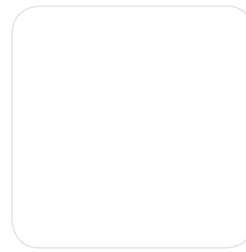
◆ Religionszugehörigkeit wird zunehmend als individuelles Bekenntnis verstanden und verliert somit ihre gesellschaftspolitische Dimension. Entsprechend sollten die Erwartungen und Ansprüche an Religionsgemeinschaften hinsichtlich ihrer Integrationskraft nicht zu hoch angesetzt werden, sondern die Integration des Individuums im Mittelpunkt bleiben.

◆ Bei der gesamten Debatte über Integration von Muslimen sollte nicht vergessen werden, dass der Islam und die muslimischen Gemeinden kein monolithischer Block, sondern nach verschiedenen Glaubensrichtungen und Glaubenspraktiken zu differenzieren sind.

◆ Einige wenige islamische Gemeinschaften werden aufgrund von Anhaltspunkten für verfassungsfeindliche Bestrebungen von den Verfassungsschutzbehörden des Landes und des Bundes beobachtet. Es ist daher wichtig, grundsätzlich zu unterscheiden zwischen traditionell-orthodoxem Religionsverständnis und politisch-extremistischer Ideologisierung von Religion (Islamismus). Also zwischen Religionsgemeinschaften, die durchaus auch (gesellschafts-)politische Interessen haben können, und Gruppierungen, die demokratie- und verfassungsfeindliche Ziele haben und versuchen, diese unter dem Deckmantel der Religion zu erreichen.

◆ Probleme bringt oft auch die mangelnde Transparenz des islamischen Gemeindelebens.





Hier sind die muslimischen Gemeinden und die Moscheevereine aufgefordert, in Eigeninitiative für Transparenz und Offenheit zu sorgen. Dies beugt einer Stereotypisierung des Islam und seiner Gleichsetzung mit islamistischen Bestrebungen vor.

◆ So sollten die betreffenden Gemeinden (insbesondere ihre Vorsteher/Vorstände) frühzeitig auf die Bürger/innen und Bürgerinitiativen im betreffenden lokalen Gemeinwesen zugehen, wenn repräsentative Moscheebauten geplant sind. Sie sollten ihre Religionsgemeinschaft und ihr Bauprojekt vorstellen und sich einer offenen Diskussion stellen. Sie sollten die Bedenken der Bürger anhören, ernst nehmen und zu beantworten versuchen, um zur Klärung von Missverständnissen beizutragen.

◆ In Pankow-Heinersdorf gab der Konflikt um den Moscheebau Anlass und Impuls für neue Bürgerinitiativen: Zunächst gegen den Moscheebau, dann aber auch zur Gestaltung des lokalen Gemeinwesens (ohne Ausgrenzung der Moscheegemeinde). Durch den Moscheebaukonflikt haben sich die Bürger/innen des Stadtteils teilweise erst kennen gelernt. Seitdem kommunizieren sie miteinander und initiierten gemeinsam neue Projekte.

## **24. Februar 2009 in der Khadija-Moschee in Pankow**

**Thema** *Umgang mit konfessionalisierten Konflikten am Beispiel von Moscheebaukonflikten.*

Im Februar 2009 fand die zweite landesweite Dialogreihe „Integration und Religion“ statt. Im Mittelpunkt des Interesses standen dabei die Probleme, Interventionsstrategien und Chancen bei Moscheebauvorhaben. Passend zu dieser Themenstellung folgten die Diskutanten der Einladung in der Khadija Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde, die vor ihrer Errichtung mit massiven Ablehnungen der Heinersdorfer Bürger/innen konfrontiert wurde.

### **Thesen zu Moscheebaukonflikten**

Zur Anregung und zur Einleitung in die Diskussion stellte das **PRO-AKTIV**-Team einige Thesen vor, die die Standpunkte, Gedanken und Meinungen einiger Wissenschaftler/innen und Journalist/innen widerspiegeln:

- ◆ Beim Bau von Moscheen zeigt sich der Anspruch der Muslime auf Zugehörigkeit und Anerkennung in der deutschen Einwanderungsgesellschaft.
- ◆ Differenzen, die im Zuge der Auseinandersetzungen um den Moscheebau zu Tage treten, müssen offen benannt und diskutiert werden.

Eine offene und gleichberechtigte Kommunikation aller Akteure ist zu gewährleisten. Ängste und Vorbehalte müssen genannt und dürfen nicht missachtet werden.

- ◆ Für Muslime: Der Wunsch in Deutschland anzukommen und sich in einer nichtmuslimischen Umwelt zu behaupten.
- ◆ Für Nicht-Muslime kann der Bau einer Moschee eine Art der „Landnahme“ bedeuten. Es entstehen die Sorge einer negativen Sogwirkung für das gesamte Wohngebiet sowie das Gefühl, einer islamischen Missionierung ausgesetzt zu sein.
- ◆ Moscheebaukonflikte bieten die Chance für einen Lernprozess: Wenn sie offen ausgetragen werden, können sie dazu beitragen, die neue gesellschaftliche Normalität der Einwanderungsgesellschaft zu erfassen und den Umgang mit Vielfalt und Differenz einzuüben.
- ◆ Nur ein gleichberechtigter Dialog schafft eine Entspannung der Konfliktlagen. Eine Gleichberechtigung ist erst dann vollständig erreicht, wenn muslimische Glaubensgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt werden und somit am sogenannten Privilegienbündel partizipieren können. Dies setzt eine Anerkennung des säkularen Staates und seiner FDGO sowie die Deethnisierung der Glaubensgemeinschaften voraus.
- ◆ Hinter der Kritik am Islam und den Muslimen verbirgt sich nicht selten der Wunsch, sich und die eigene Gesellschaft aufzuwerten und zu idealisieren. Probleme wie Geschlechterungleichheiten werden verlagert und verschoben, islamkritische

Stimmen dazu benutzt, sich von Rassismus, Diskriminierung und Ungleichheit freizusprechen.

- ◆ Dem pauschalen Vorwurf bspw. patriarchalischer oder antisemitischer Tendenzen im Islam liegen manches Mal Projektionen zu Grunde, die die Auseinandersetzung mit gesamtgesellschaftlichen Widersprüchen und Unzulänglichkeiten auf die Ebene „des Anderen“ jenseits „des Eigenen“ verlagern. Die Kritik am Islam dient dann der eigenen Entlastung, entwickelt sich zum „Entlastungsdiskurs“ (Rommelspacher). Insofern ist immer auch zu fragen, wer aus welcher Position heraus Kritik übt, vor welchem Hintergrund und mit welcher Intention.



### **An die Vorstellung der Thesen schloss sich eine lebhaft Diskussion an Konflikte um Moscheebauten**

Moscheebauvorhaben rufen nicht selten deutliche Bedenken insbesondere in der unmittelbaren Nachbarschaft - aber auch darüber hinaus - hervor. Die Gründe müssen öffentlich geäußert und diskutiert werden können. Der Rahmen hierfür kann von Interventionsteams u.ä. geschaffen werden, um einer Eskalation vorzubeugen.

Im Bau von repräsentativen Moscheen in Deutschland kann sich aber auch ein innerislamischer Konkurrenzkampf ausdrücken: Erfolg und Expansion islamischer Gemeinden hängen nicht zuletzt vom Angebot eines repräsentativen Baus als Gebetsstätte ab, die sie den Gläubigen anbieten können. Von diesem Konkurrenzverhalten ist die Gemeinde Ahmadiyya Muslim Jamaat nur bedingt betroffen, da sie von der Mehrheit der Muslime nicht anerkannt wird.



### **Rechtliche Stellung muslimischer Gemeinden**

Muslimische Gemeinden sehen sich oftmals einer Diskriminierung ausgesetzt, da sie nicht als religiöse Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt sind (die katholischen Diözesen, die evangelischen Landeskirchen und die jüdische Gemeinde sind es), sondern als Verein agieren. Aufgrund dieser Ungleichstellung ist eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe schwierig.

### **Einwanderungsland Deutschland**

Politik und Gesellschaft haben sich relativ spät zu Deutschland als Einwanderungsland bekannt. Das Sichtbarwerden der Migrant/innen und ihrer Religion in der Mehrheitsgesellschaft stößt deshalb nicht selten auf Unbehagen und auf Ängste vor einer Islamisierung, die ihren Ausdruck in Moscheebaukonflikten finden.

### **Entlastungsdiskurs?**

Darüber hinaus bestehen in allen Teilen Deutschlands gesamtgesellschaftliche Probleme, über deren Lösungsmöglichkeiten viel diskutiert wird. Moscheebauten werden als Anlass für die Unstimmigkeiten in der Gesellschaft benutzt und auf muslimisches Leben verlagert. Es findet ein sogenannter „Entlastungsdiskurs“ statt (Birgit Rommelspacher). Diese Einschätzung stieß auf Einwände.

Die Debatte darüber muss vorsichtig thematisiert werden, da sie zu weiteren Polarisierungen beitragen könnte. Auf der anderen Seite kann man an der Argumentationsweise bestimmter Personen genau dieses Phänomen, nämlich die Verlagerung der gesamtgesellschaftlichen

Probleme wie Antisemitismus und Mysogynie auf Muslime, verfolgen.

### **Differenzierungen sind wichtig**

Bei Moscheebaukonflikten ist auch auf die gesellschaftliche Zusammenstellung des jeweiligen Bezirks, der jeweiligen Stadt zu achten. Jede Stadt hat ihre eigene Migrationsgeschichte und dadurch eine andere Bevölkerungsstruktur. In Pankow-Heinersdorf leben so gut wie keine Muslime. Dies war ein Grund für die Proteste der Pankower Bevölkerung. Die Pankower Bürger/innen sahen keinen Grund, dass gerade in ihrem Stadtteil eine Moschee gebaut werden sollte. So kam es zur vehementen Ablehnung des Moscheebauvorhabens. Aber auch in Städten, in denen in großer Anzahl Migrant/innen leben, nimmt die Ablehnung rapide zu. Das beste Beispiel ist Köln; eine Stadt, in der schon seit den 60er Jahren Muslime in großer Anzahl leben. In Köln versuchten Rechtsextreme die Bevölkerung gegen das Moscheebauvorhaben mobil zu machen. In Heinersdorf waren es Rechtspopulisten, die aber genau dieselbe Argumentationslinie verfolgten. So kam es, dass die Anhängerschaft der Moscheebaugegner in Köln klein war bzw. die Kölner sich von den Moscheebaugegnern distanzieren, während in Heinersdorf die rechtspopulistischen Moscheebaugegner große Massen mobilisieren konnten. Die Konfliktlage in Köln ist noch nicht aufgelöst. Es besteht immer noch große Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die sich in den nächsten Wahlen in den Wahlurnen widerspiegeln könnten.

In Duisburg-Marxloh stieß das Moscheebauvor-



haben auf keine nennenswerten Ablehnungen. Lediglich einzelne Bürger/innen äußerten Bedenken, die jedoch dadurch verschwanden, weil jeder Bauabschnitt mit den Bürger/innen kommuniziert wurde. Hinzu kommt, dass die Bevölkerung in Marxloh zwar ethnisch heterogen ist, aber aus einer homogenen zusammengehörigen Berufsgruppe stammt: Es handelt sich um eine autochthone Arbeiterkultur der Bergwerkleute, in der sich die Menschen, egal welcher ethnischen Zugehörigkeit, untereinander gut kennen. Muslime müssen sich in Stadtteilen, in denen vermehrt Muslime leben, nicht rechtfertigen, warum sie eine repräsentative Moschee bauen wollen. Das Bauen von sichtbaren Moscheen ist ihr gutes Recht.

### **Schritt zur Integration**

Das historische Verhältnis zwischen den deutschen Staatsregierungen und den Religionsgemeinschaften ist von Ambivalenz gekennzeichnet. In der preußischen Tradition gab es eine ungeschriebene Hierarchie der Gebetshäuser.



Evangelische Kirchen waren auffällig an zentralen Plätzen und großen Hauptstraßen platziert. Katholische Kirchen durften zwar gebaut werden, aber sie sollten sich eher unauffällig präsentieren. Jüdische Gemeinden konnten erst im 19. Jahrhundert offen sichtbare Synagogen bauen, weil die Emanzipation der Juden erst dann erfolgte und sie als eine Realität der deutschen Gesellschaft angesehen wurden. In diese Hierarchie fügt sich nun ganz unten der Islam ein. Die Moscheebau-proteste sind also ein Schritt im Integrationsprozess einer Religion.

### **Gesellschaftlicher Kontext**

Als im preußischen Berlin der Protestantismus Staatsreligion war, war der Bau einer evangelischen Kirche selbstverständlich. Ein Protest gegen die Gesellschaftsnorm wäre undenkbar gewesen. Heute leben wir in einer demokratischen, säkularen Gesellschaft, in der die Wiederbelebung von Religion und Religiosität von Skepsis begleitet ist. Daher ist Protest gegen den Bau eines Gebetshauses heute auch als eine Normalität unserer Zeit anzusehen, völlig unabhängig, welcher Religion die Bauherren angehören. Da zur Zeit vorrangig Moscheen als Gebetshäuser neu errichtet werden, richtet sich die Ablehnung gegen muslimische Bauvorhaben.

### **Moscheebau als Politikum**

Moscheebauvorhaben könnten auch eine parteipolitische Angelegenheit werden, wenn ein großer Teil der in Deutschland lebenden Muslime ein Wahlrecht hätte. So könnten sich bestimmte Parteien für den Bau einer Moschee

einsetzen und somit die Interessen der Muslime vertreten. Da aber viele Muslime kein Wahlrecht haben, erscheint die Moscheebauproblematik vielen Politikern nicht interessant oder lohnenswert genug. Doch die Instrumentalisierung der Moscheebaukonflikte zu einem Politikum könnte ebenfalls abwegige Formen annehmen.

### **Potenzial von Moscheebaukonflikten**

Moscheebaugegnerschaft hat auch nicht immer nur die Verhinderung der Errichtung einer Moschee als Ziel. Moscheebaukonflikte bieten Potenzial für allgemeine Themen, die das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft betreffen. Außerdem geht es vielen Diskutanten primär um die Sensibilisierung für Extremismus und Radikalisierung, denn die Übergänge vom Islam zum Islamismus sind fließend und können sowohl von der Mehrheitsgesellschaft als auch von lokalen Politikern nicht immer erkannt werden. Aber gerade die Grauzonen an diesen Übergängen sind interessant und sollten näher beleuchtet werden.



## **19. Mai 2009 im Centre Francais im Wedding**

**Thema** Islamismus in Berlin. Klärung des Begriffs - islamistische Organisationen, Strömungen und Grauzonen - Umgang mit Islamisten, ihrem Umfeld und ihren Organisationen

**Referentin** Claudia Schmid, Leiterin des Berliner Verfassungsschutzes

Im Mai 2009 fand im Centre Francais die dritte „Landesweite Dialogrunde Integration und Religion“ statt. Nachdem sich die ersten beiden Runden mit Fragen der Rolle der Religion im Migrations- und Integrationskontext sowie den Bedingungen und Voraussetzungen gelungener Gemeinwesenintervention bei Moscheebaukonflikten beschäftigt hatten, widmete sich die dritte Dialogrunde dem Thema Islamismus. Als Gastreferentin gab die Leiterin des Berliner Verfassungsschutzes, Claudia Schmid, einen kurzen Überblick über die Definition von Islamismus, die Organisationen, Spektren und Strömungen in Berlin.

Ihre Ausführungen verdeutlichten, dass eine Unterscheidung von Islam und Islamismus sowie eine klare Definition von Islamismus unbedingt geboten ist, da eine Einstufung als islamistische Organisation durch den Verfassungsschutz durchaus auch rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann. Unterschieden wird dabei zwischen gewaltbereiten, gewaltorientierten und legalistisch-islamistischen Organisationen. Unter den legalistisch-islamistischen Organisationen finden sich Organisationen wie Milli Görüs, Muslimbruderschaft und salafitische Gruppierungen. Dabei ist eine personelle Verflechtung zwischen

den verschiedenen Organisationen zu beobachten. Trotz alledem sollte eine Einbindung auch von legalistisch-islamistischen Organisationen durch Dialogangebote angestrebt werden. Diese müssten sich jedoch von Gewalt und Terrorismus distanzieren.

## **Fragen und Anmerkungen aus der Runde**

### **Säkularismus und Religion**

Bei der Beurteilung und Bewertung von religiösen Einrichtungen und Organisationen sei ihr Verhältnis zum Säkularismus von entscheidender Bedeutung. Oft würden Vertreter islamistischer Organisationen durchaus liberal auftreten. Dabei zeige sich, dass in der Auseinandersetzung mit islamistischen Positionen ein sicherheitspolitischer Fokus die Debatte verengt. Die alleinige Beurteilung nach Sicherheitsaspekten führe dazu, dass einige Organisationen - z. B. der Verein Inssan - als bedenkenlos eingestuft werden. Die Notwendigkeit eines innerislamischen Dialogs wird hervorgehoben. Bestehende Ansätze sollten besser kommuniziert werden.

### **Fragen zum Salafismus und Beratungsangebote für Eltern**

Welche Institutionen sind zuständig, wenn junge Menschen in islamistische Kreise abdriften? Viele junge Muslime sind mit den meisten Imamen unzufrieden, da diesen häufig Kenntnisse über Lebensrealitäten von jungen Menschen fehle. Diese Lücke wird in letzter Zeit vor allem von salafitischen Einrichtungen und Imamen gefüllt. Junge Menschen seien in erster Linie auf der Suche





nach Anerkennung. Von allen Anwesenden wurde der Bedarf von Beratungsstellen für Aussteigerwille und für betroffene Familien und Eltern formuliert. Hier gibt es deutliche Defizite. Eine professionelle Beratung könnte betroffenen Eltern helfen, die pauschale Angst zu nehmen, dass ihr Kind in terroristische Netzwerke abdriftet, wenn es dem Islam beitrifft. Ein differenzierter Blick ist nötig, um zu einer realistischen Einschätzung zu kommen

### **Dialogangebote**

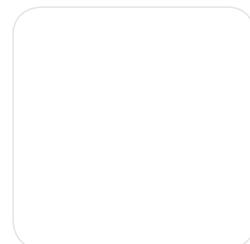
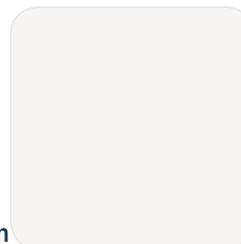
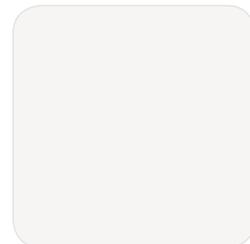
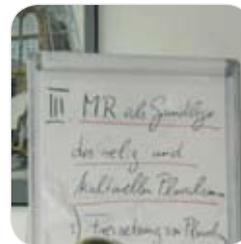
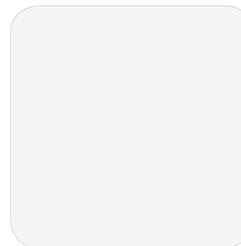
Gegenangebote seitens säkular orientierter Muslime könnten einem Abdriften vor allem von jungen Menschen in islamistische Kreise vorbeugen. Besonders hervorzuheben ist ebenfalls ein Austausch zwischen islamischen Organisationen und den Sicherheitsbehörden. Die anwesenden Vertreter von islamischen Einrichtungen gaben zur Kenntnis, dass ihre Einrichtungen in der Regel nicht von extremistischen Personenkreisen aufgesucht werden. So fehle der Erfahrungswert, wie in einem solchen Fall zu agieren sei.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, wer in einen Dialog einzubinden und wie dieser Prozess zu gestalten ist. Als positives Beispiel für gelungene Kommunikation wurde der Umgang mit dem Moscheebauvorhaben in Duisburg-Marxloh benannt. Besonders hervorzuheben ist dabei die frühzeitige Kommunikation seitens der Kommune.

### **Moscheebauvorhaben**

Fragen und Bedenken seitens der Anwohner sollten jedoch auch bei einer frühzeitigen Kommunikation und entsprechenden Dialogangeboten

ernst genommen werden. Zum Beispiel sei es legitim, nach der Größe der geplanten Einrichtung zu fragen. Als Hilfreich habe sich eine professionelle Begleitung von lokalen Kommunikationsprozessen erwiesen. Bei den Auseinandersetzungen rund um Moscheebauvorhaben, den Fragen des Rechtsanspruchs und nach dem Bebauungsplan zeige sich, dass unabhängig vom Bau oder Nichtbau die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Diskurses bliebe.



## 08. September 2009 in Centrum Judaicum

**Thema** Religion und Menschenrechte

**Referent** Prof. Dr. Heiner Bielefeldt, Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Im September 2009 fand die vierte Landesweite Dialogrunde Integration und Religion im Centrum Judaicum statt. Als Gastreferent konnte der Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Prof. Dr. Heiner Bielefeldt, gewonnen werden. Professor Heiner Bielefeldt gab einen vertiefenden Einblick in das Thema Menschenrechte und Religion und erörterte mit den Teilnehmer/innen strittige Fragen.

Er folgte in seinem Vortrag drei zentralen Argumentationslinien. Zum ersten stellte er fest, dass die Menschenrechte nicht allein als westliches Produkt zu verstehen sind, sondern vielmehr im Kontext einer weltweit stattfindenden un abgeschlossenen Lern- und Konfliktgeschichte zu sehen sind.

Zum zweiten hob er hervor, dass Menschenrechte Pluralisierung fördern. Sie bewerten jeden Menschen als mit allen Freiheitsrechten, inklusive den religiösen und kulturellen Rechten, ausgestattet, selbstbestimmtes Individuum.

Jedes Individuum verfüge so auch über die Freiheit zur religiösen und kulturellen Vergemeinschaftung, solange problemlose Exit-, bzw. Wechselmöglichkeiten bestehen.

Zum dritten stellte er fest, dass es Grenzen von Toleranz gibt, die sich unter anderem durch internationale Normen definieren. Beispielsweise ist Zwangsheirat nicht deshalb illegitim, weil wir uns

in Deutschland befinden, sondern weil sie weltweit so zu bewerten ist. Toleranz hat außerdem auch dann ihre Grenzen, wenn ein Menschenrecht ein anderes verletzt. Jedoch darf die Diskussion um die Grenzen von Toleranz nicht zu Stigmatisierung führen. Differenzierung ist, so Bielefeldt, ein Fairnessgebot.

In der sich anschließenden Diskussion ging es um die folgenden Punkte:

### **Trennung der Geschlechter**

Es wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit die Trennung der Geschlechter als Ungleichbehandlung der Geschlechter anzusehen ist. Aus menschenrechtlicher Perspektive ist entscheidend, ob diese Trennung durch die freie Entscheidung des Individuums vollzogen wurde. So ist bspw. an einem Frauenbuchladen nichts auszusetzen. Problematisch wird es dann, wenn die Kontaktmöglichkeiten zwischen Männern und Frauen auf Grund der Infrastruktur innerhalb von Gruppierungen so gering ausfallen, dass von der Freiwilligkeit der Entscheidungen nicht mehr die Rede sein kann.

### **Freiheit von Entscheidungen**

Jeder Mensch unterliegt in der Kindheit einer Prägung durch das soziale Umfeld und der Familie. In diesem Zusammenhang wird in Frage gestellt, ob überhaupt von einer Freiheitlichkeit der Entscheidungen gesprochen werden kann. Herr Bielefeldt widersprach dem vehement. Er führte aus, dass Freiheit erst in der Auseinandersetzung mit der eigenen Prägung entsteht. Grundsätzlich muss jedem Subjekt Freiheitlichkeit zugesprochen



werden. Eine Fundamentalskepsis gegenüber der Freiheit von Entscheidungen würde Individuen entmündigen.

Eine besondere Schwierigkeit besteht bei Eingriffen im Kindesalter, da hierbei schwerlich von Freiwilligkeit gesprochen werden kann. Ein internationales Mündigkeitsalter besteht nicht, jedoch wird Kindheit durch die UNO Kinderrechtskonvention, die von allen Staaten mit Ausnahme den USA und Somalia unterschrieben wurde, bis einschließlich des 18. Lebensjahres festgelegt.

#### **Staat als Menschenrechtsverteidiger**

Die staatliche Gewalt soll in Deutschland die Menschenrechte durchsetzen und jedes Individuum vor Eingriffen in seine Menschenrechte schützen - auch wenn diese von Seiten der Familien oder Religionsgemeinschaften ausgehen. Dies umfasst jedoch nicht, dass der Staat präventiv eingreifen kann, wenn ein bloßer Verdacht besteht, dass ein Projekt Menschenrechte von Individuen verletzen könnte. So kann der Staat zum Beispiel ein Moscheebauvorhaben nicht verbieten, nur weil er befürchtet, dass dies negative

Auswirkungen auf die Umgebung haben könnte.

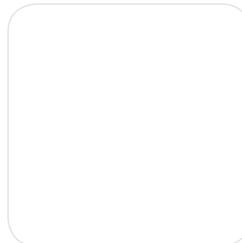
#### **Strategien gegen extremes Gedankengut**

Wie kann ich eine Person aus extremistischen Milieus lösen, wenn diese nicht will? Bei der Beantwortung dieser Frage warnte Prof. Bielefeldt zunächst deutlich vor Pathologisierung, da die Person so als nicht eigenverantwortlich für ihr Handeln gilt. Es muss vielmehr immer nach der Definition von Kant von einer „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ ausgegangen werden. Die einzige Gegenstrategie kann dabei nur die Aufklärung und Förderung von Mündigkeit sein. Dabei können Beratungsangebote, Artikulationsmöglichkeiten, aber auch Integrations- und Sprachkurse helfen.

#### **Kopftuchdebatte**

Zum Symbolcharakter des Kopftuches bestehen sehr verschiedene Ansichten. Sie reichen von einer pauschalen Bewertung als Symbol für Ungleichbehandlung von Mann und Frau, bis zu einer rein religiösen Bedeutung. Aus menschenrechtlicher Sicht gibt es zunächst keine Einwände gegen das Tragen eines Kopftuches, solange es aus persönlicher Glaubensüberzeugung ge-

schieht. Auch hier stellt sich jedoch wieder die Frage, inwieweit bei all den Zwängen und Beeinflussungen, die in einigen Fällen seitens der Religionsgemeinschaften und Familien ausgeübt werden, wirklich von einer freien Entscheidung gesprochen werden kann.



Eine besondere Problematik ist das Tragen von Kopftüchern und anderen religiösen Symbolen in öffentlichen Einrichtungen, insbesondere in Schulen. So besteht die Befürchtung, dass eine Kopftuch tragende Lehrerin, die eine Vorbildfunktion innehält, den Druck auf muslimische Schülerinnen erhöhen kann. In Konflikt stehen hier die Religionsfreiheit der Lehrerin und das Recht von Schüler/innen vor dem Schutz religiöser Beeinflussung. Es wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit nichtreligiöse Menschen Religion aushalten müssen. Bei der Differenziertheit der Problematik muss dieser Konflikt von Fall zu Fall unterschiedlich bewertet werden. Es wird jedoch davor gewarnt, sich zu sehr auf das Kopftuch zu fixieren und Symbole anderer Religionen unbeachtet zu lassen. Allgemein wird die Frage aufgeworfen, inwieweit Lehrer/innen als Vertreter/innen des Staates fungieren, welcher sich zu religiöser Neutralität verpflichtet hat.

### **Ausblick zur Entwicklung des religiösen Pluralismus**

Im Zusammenhang mit der Entwicklung zur stärkeren Pluralisierung der Religionsgemeinschaften innerhalb einer Gesellschaft wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit sich die Bedeutung der Kirchen verändern wird. Prof. Bielefeldt führte dazu aus, dass es zurzeit drei verschiedene Modelle in Europa gibt. Zum einen existieren noch Relikte von Staatskirchentum, zum Beispiel in England. Dies ist in Bezug auf die Religionsfreiheit problematisch. Den Gegensatz dazu bildet Frankreich, wo Religion keinen Stellenwert mehr

im Staatsgebilde hat. Als drittes besteht eine Zwischenform, wie zum Beispiel in Deutschland. Diese Form beinhaltet Verflechtungen von Staat und Religion, allerdings auf Basis der Nichtidentifikation. Tendenziell zeigt sich innerhalb der EU der Trend, dass sich die Verflechtungen von Staat und Kirche weiter auflösen und die Gleichbehandlung der Religionen im Sinne der Religionsfreiheit zunimmt. Dennoch ist in Zukunft damit zu rechnen, dass es immer wieder zu punktuellen Aushandlungsprozessen zwischen Staat, Gesellschaft und Religionsgemeinschaften kommen wird.

### **Auswirkungen des schwindenden Einflusses von Religion**

In der heutigen Gesellschaft nimmt für viele Menschen Religion einen zunehmend geringeren Stellenwert ein. Aus diesem Grund wurde die Befürchtung geäußert, dass bei Fortgang dieser Tendenz die Ausübung von Religion schwieriger wird. Aus menschenrechtlicher Sicht kann es jedoch zu einer solchen Entwicklung nicht kommen, da das Recht der Religionsfreiheit auch solche Gruppen schützt, die kaum auf Verständnis in der Bevölkerung stoßen. Allerdings ist auch hervorzuheben, dass gerade in der aktuellen politischen Debatte nicht von einem Rückgang der Bedeutung von Religion gesprochen werden kann. Gerade in Bezug auf den Islam besteht eine sehr hohe Aufmerksamkeit, die meist auf einer Mischung von Neugier und Misstrauen gegenüber dem „Neuen“ basiert.

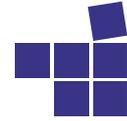


### III. Ausblick

Mit der Landesweiten Dialogrunde „Integration und Religion“ ist es gelungen, dauerhaft Akteure an einem Tisch zu versammeln, die sich aus beruflichen Gründen oder vor dem Hintergrund ihres gesellschaftspolitischen Engagements mit dem Thema Integration und Religion beschäftigen und teilweise auch in andere Netzwerke eingebunden sind.

Perspektivisch hat die Dialogrunde das Potenzial, zu einem dauerhaften landesweitem Netzwerk zu werden, das wiederum Grundlage für eine Interventionsstruktur bilden könnte, die bei Konfliktfällen im Zusammenhang mit Integration und Religion aktiv wird. Denkbar wäre beispielsweise eine beratende Tätigkeit bei konfessionalisierten und/oder kulturalisierten Konfliktlagen in Berlin. Darüber hinaus soll das Netzwerk zu einem wichtigen Diskursträger werden und wichtige Debatten anstoßen, um Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft offen zu begegnen und gemeinsam nach Lösungsstrategien im Sinne eines friedlichen Miteinanders zu suchen.

Das Team von **PRO-AKTIV** wird weiterhin den Landesweiten Dialog konzeptionell planen und organisieren, die Ergebnisse dokumentieren sowie seine nachhaltige strategische Ausrichtung im Blick behalten.



## Literaturhinweise

- ◆ Anderson, B. Mary (1999): *DO NO HARM. How aid can support peace- or war.* Lynne Rienner Publishers. London.
- ◆ Hohmann, Pete (2008): *Konflikte um Moscheen in Deutschland. Eine Fallstudie zum Moscheebauprojekt in Schlüchtern (Hessen).* VDM Verlag. Frankfurt am Main
- ◆ Lederach, John Paul (2003): *The little book of Conflict Transformation.* Good Books. New York.
- ◆ Ropers, Norbert/Tobias Debiel (Hg.): *Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten und Gesellschaftswelt.* Bonn 1995.

## Internetadressen

[http://www.stiftung-spi.de/sozraum/sr\\_ostkreuzprojekte\\_05.html](http://www.stiftung-spi.de/sozraum/sr_ostkreuzprojekte_05.html)

[http://www.moscheebau-in-berlin.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=269&Itemid=158](http://www.moscheebau-in-berlin.de/index.php?option=com_content&task=view&id=269&Itemid=158)

<http://www.menschenammierendorffplatz.org/>

[http://www.menschenammierendorffplatz.org/wp-content/uploads/2008/05/inssan\\_pospap\\_presse-010508.pdf](http://www.menschenammierendorffplatz.org/wp-content/uploads/2008/05/inssan_pospap_presse-010508.pdf)

das Projekt

**PRO-AKTIV**

beim  
**Mobilen  
Beratungsteam**  
»Ostkreuz«  
für  
Demokratieentwicklung,  
Menschenrechte  
und Integration

wude gefördert durch



Landesprogramm  
gegen  
Rechtsextremismus

Stiftung SPI  
*Sozialpädagogisches Institut Berlin – »Walter May«*

Projekt – gegen Islamfeindlichkeit und politische Ideologisierung von Religion  
beim  
Mobilen Beratungsteam »Ostkreuz«  
Schönhauser Allee 73  
10437 Berlin

Telefon: 030.41 72 56 28

Fax: 030.41 72 56 30

E-Mail: [ostkreuz@stiftung-spi.de](mailto:ostkreuz@stiftung-spi.de)

Internet: [www.stiftung-spi.de/ostkreuz](http://www.stiftung-spi.de/ostkreuz) und [www.moscheebau-in-berlin.de](http://www.moscheebau-in-berlin.de)

